

Nushaa 5 Krustur

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN

Aylık	Türk Lirası	1.50	R. M.	5.-
Üç aylık	"	4.25	"	13.-
Altı aylık	"	8.-	"	25.-
Bir senelik	"	15.-	"	50.-

yahut mukabil.

Idarehane

Tekke Caddesi No. 585 ve 587.

Telegraf adresi: Türköpost.

Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.

Posta Kutusu: Galata 209.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krup

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R. M. 5.-
" 3 Monate	" 4.25	" 13.-
" 6 Monate	" 8.-	" 25.-
" 12 Monate	" 15.-	" 50.-

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:

Tekke - Strasse Nr. 585-587.

Drahtanschr.: Türköpost.

Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.

Postfach: Galata 209.

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Regierung und Reichstag.

Berlin, 22. Oktober.

Die erbitterten Reichstagskämpfe der letzten Woche haben mit einem Abstimmungsergebnis geendet, das unbestritten einen Erfolg des Kabinetts Brüning darstellt. Es hat sich erwiesen, dass der Zwang, unter dem nicht nur das Kabinett, sondern letzten Endes auch das Parlament gestanden hat, grösser gewesen ist, als man voraussehen konnte, der Zwang nämlich, den Haushalt wieder in Ordnung zu bringen, das Finanzprogramm durchzuführen und damit überhaupt ein Funktionieren des ganzen Staatsapparates zu ermöglichen. Dieser Zwang war es in erster Linie, dem Brüning und sein Kabinett ihren Erfolg im Reichstag zuzuschreiben haben. Diejenigen Parteien, auf die es bei der Abstimmung angekommen ist, haben sich offensichtlich geschont, die Verantwortung für das zu übernehmen, was gekommen wäre, wenn der Antrag, über sämtliche vorliegenden Misstrauensvoten zur Tagesordnung überzugehen, der Ablehnung verfallen wäre.

Bei zwei Parteien ist diese Stellungnahme von besonderem Interesse. Die Wirtschaftspartei, die noch vor kurzem durch die Zurückziehung des Reichsjustizministers Prof. Bredt aus dem Kabinett den Anstoss zu einer allgemeinen Krise zu geben drohte, die sodann lediglich auf den Appell des Reichspräsidenten hin Herrn Bredt in der Regierung belass, sich dafür aber gegenüber dem Kabinett völlige Handlungsfreiheit vorbehalt; — sie hat für die Regierung gestimmt. Wie die Zahlen der Abstimmung bewiesen, waren ihre Stimmen nicht mehr ausschlaggebend; immerhin ist die Stellungnahme symptomatisch. Man darf unter diesen Umständen die Erklärung ihres Vertreters, dass die Ja-Stimme der Partei nicht ein grundsätzliches Vertrauensvotum für Brüning darstelle, nicht viel anders als eine Unwissenshaftung und einen Versuch betrachten, nach aussen hin den Schein zu wahren. Denn in der Tat fühlen sich ja bekanntlich auch die anderen hinter der Regierung stehenden Parteien nicht als Regierungsparteien schlechthin, und die Vorgänge in der Volkspartei sind der beste Beweis dafür.

Aber der eigentliche Faktor, der dem Kabinett das Leben rettete und ihm vorläufig eine Atempause bis zum Dezember gewährte, ist die SPD.

Hier darf man annehmen, dass eine grundsätzliche Einigung über die Haltung der SPD-Fraktion in den zahlreichen Besprechungen des Kanzlers mit Müller, Wels, Breitscheid und Braun schon lange zuvor erzielt worden ist.

Der Erfolg des Kabinetts Brüning ist aber schliesslich durch zwei Dinge ermöglicht worden: durch den festen Führerwillen und durch die Zersplitterung der Opposition. Da eine Regierung ohne das im Zentrum aller Erwägungen und aller Berechnungen über parlamentarische Mehrheitsverhältnisse stehende Zentrum nicht möglich ist, liegt bei dieser Partei auch für absehbare Zeit die Initiative. Der Erfolg Brüning's ist also letzten Endes ein Erfolg des Zentrumsturmes.

Es bleibt aber noch zu klären, ob die Entschliessung, die der Reichstag nach einem Wiederzusammentritt um die Mitternacht gefasst hat und die Mitteilung bis zum 3. Dezember vorsieht, den Aufrechterhalten bleiben und nicht angefochten werden kann. Nach Artikel 24 der Weimarer Verfassung kann der Reichstag auf Wunsch mindestens eines Drittels seiner Mitglieder jederzeit wieder einberufen werden. Wie man hört, steht das Kabinett auf dem Standpunkt, dass diese Bestimmung nur für die Zeit ausserhalb einer laufenden Wahlperiode Geltung hat. Weiterhin bestimmt dieser Artikel aber, dass der Reichstag stets am ersten Mittwoch des November zusammentritt. Es steht noch dahin, ob die Opposition nicht auf Grund dieser Bestimmung den Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstags stellt, und es ist noch ungeklärt, ob ein derartiger Antrag unter Hinweis auf den Mehrheitsbeschluss vom Sonntag abgelehnt werden könnte.

Durch die Ablehnung der Misstrauensanträge erhält das Kabinett nunmehr eine vorläufige Bewährungsfrist bis Anfang Dezember. Es wird jetzt alle Versuche unternommen müssen, um

Kiasim Pascha.

Der Präsident der G. N. V. wird heute mit dem Zug nach Ankara zurückkehren.

Fewsi Pascha.

Der Chef des Generalstabes, Fewsi Pascha, ist auf seiner Inspektionsreise durch die Wilajets gestern nachmittag mit dem Zug in Samsun eingetroffen. Er wurde vom Wali, vom Kommandanten der Stadt, von den hohen Offizieren der Garnison und zahlreichen prominenten Persönlichkeiten begrüsst. Eine grosse Menschenmenge hatte sich am Bahnhof eingefunden. Eine Truppenabteilung hatte vor dem Bahnhofgebäude Aufstellung genommen. Nach dem Empfang begab sich der Generalstabschef in das Gasi-Haus in Samsun, wo er für einige Tage Wohnung nehmen wird. Am Abend gab die Stadt zu Ehren des hohen Gastes ein Bankett.

Flandin in Ankara.

Der französische Handelsminister Flandin ist gestern vormittag in Ankara eingetroffen. Er wurde am Bahnhof im Namen des Wirtschaftsministers und des Ausseministers von den Direktoren der beiden Ministerien sowie von zahlreichen hohen Persönlichkeiten, dem griechischen Gesandten, dem amerikanischen Botschaftsrat und vom Personal der französischen Botschaft begrüsst.

Am Nachmittag gab der Wirtschaftsminister Schakir Bey zu Ehren Flandin's im Ankara Palace ein Bankett, an dem der französische Botschafter, der französische Militärattaché, der französische Generalkonsul, der Ausseminister und der Unterstaatssekretär im Ausseministerium teilnahmen. Ausserdem nahmen noch die Abgeordneten von Erdinschan und Sert, Saffet und Mahmut Bey und der Generalsekretär der Präsidentschaft, Tewfik Bey, teil.

Im Anschluss daran besuchte der französische Handelsminister den Ministerpräsidenten Ismet Pascha.

Ankara, 22. Okt. (V.A.)

Der französische Handelsminister Flandin ist heute abend mit dem Zug von Angara abgereist. Er wurde vom Ausseminister Tewfik Rüşdi Bey, vom Wirtschaftsminister Mustafa Scherif Bey, vom Minister für öffentliche Arbeiten, Sekia Bey, vom Adjunkten des Staatspräsidenten, von den Unterstaatssekretären in den Ministerien, von den Beamten der französischen Botschaft und zahlreichen anderen Persönlichkeiten zum Zug geleitet.

Türkisch-persische Grenzkommission.

Die türkisch-persische Grenzkommission setzt ihre Arbeiten an der Grenze östlich des Ari Dagh's fort. Die türkische Abordnung, unter Führung des Obersten Nasif Bey, hat mit der persischen Kommission über den zukünftigen Verlauf der Grenze an einigen Stellen ein Übereinkommen treffen können.

Aus Träbris wird gemeldet, dass einige Personen, die sich vor der Verfolgung durch die türkischen Truppen retteten, dort verhaftet worden seien.

Zum Prozess gegen Resimli Ai'

Wie bekannt, wurde die Inhaberin der Zeitschrift „Resimli Ai“, Sabiha Sekerija Hanım, und der verantwortliche Schriftleiter der gleichen Zeitung, Behdetsch Bey, wegen Veröffentlichung eines beleidigenden Artikels zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Kassationsgericht hat dieses Urteil aufgehoben. Gestern fand vor dem Schwurgericht in Sullan Ahmet erneut die Verhandlung des Prozesses statt. Das Gericht fällt in dieser Verhandlung ein freisprechendes Urteil gegen die Angeklagten.

die gesetzgeberischen Vorarbeiten für die Durchbringung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms zu leisten und Vorsorge gegen eine weitere Verschlechterung der Lage im Innern zu treffen.

Zur Katastrophe bei Aachen.

Die Ursache immer noch nicht geklärt.

Berlin, 23. Oktober.

Die Zahl der Bergleute, die bei der Grubenkatastrophe in Aalsdorf bei Aachen ums Leben gekommen sind, hat sich auf 255 erhöht. Ueber die Ursache der Entstehung konnte bis jetzt noch keine Erklärung gemacht werden. Die Benzin- und Benzolager der Gruben sind von der Katastrophe unversehrt geblieben.

Heute nachmittag wurden den Angehörigen der Opfer der Zutritt in die Leichenhalle gestattet. An den Särgen spielten sich erschütternde Szenen ab. Mehrere Frauen mussten ohnmächtig aus der Halle getragen werden. Morgen nachmittag findet die Beerdigung der Toten statt.

Aus der türkischen Presse.

In der „Milliyet“ schreibt Mahmut Bey, dass die schlechteste Politik die Täuschung des Volkes durch Phantasien und Hoffnungen sei, deren Verwirklichung unmöglich, zumindest aber sehr schwer ist. Die neue Partei hätte durch die von ihr gleich nach ihrer Gründung eingeschlagene Richtung die öffentliche Meinung in Verwirrung gebracht, wodurch die bestehende Ordnung vernichtenden Elemente eine Aufmunterung erhielten, und die Auffassungen des Volkes hinsichtlich seiner Pflichten gegenüber dem Staate und dem Vaterland in einigen Gegenden bemerkenswerte Veränderungen erfahren hätten. Es sei jedoch immer noch nicht zu spät, um die Bürger, die von der Demokratie und der Freiheit für sich und das Land das Heil erwarten, vor einem Zusammenbruch ihrer Hoffnungen zu bewahren, in dem man diese schädliche Politik einstellt.

In dem Leitartikel der „Inkilap“ gibt Ali Nadsch Bey eine kurze Schilderung der faschistischen Staatsordnung wieder, und schreibt, dass es trotz des verlockenden Klanges niemals und nirgends eine wahre Freiheit gegeben habe, und dass die Freiheit, die die Opposition meint, der Anarchismus in Urgestalt sei, den aber der Faschismus auf das stärkste bekämpfe, weil der Faschismus zugleich ein Universalmittel sei, das den Staatskörper gegen sämtliche innere und äussere Krankheiten beschütze.

In „Yaric“ verlangt Arif Orudsch Bey die Freilassung der bei den Gemeindevahlen inhaftierten Bürger, und schreibt, dass es eine Kulturpflicht der Regierung sei, denjenigen, die weiter kein Unrecht begangen haben, als dass sie von ihrem Rechte Gebrauch machten, ihre Freiheit zurückzugeben.

Die Untersuchung über „R 101“.

Paris, 22. Oktober.

Die Untersuchung der furchtbaren Katastrophe des englischen Riesenluftschiffes „R 101“ ist an der Unglücksstelle selbst beendet. Arbeiter sind mit den Abmontierungsarbeiten beschäftigt, und bald werden auch die letzten Spuren der wohl grössten und furchtbarsten Luftschiffkatastrophe der Zeitgeschichte verschwunden sein.

Ueber die Ursache hat man bis heute noch keine Klarheit schaffen können, da die Untersuchungen der nach England gesandten Teile in den Laboratorien kaum begonnen haben. Die Öffentlichkeit beschäftigt sich jedoch in Frankreich wie in England noch sehr eingehend mit der Katastrophe und immer mehr bricht sich hierbei die Auffassung Bahn, dass das Luftschiff nicht das Opfer einer unerwarteten Bö geworden ist, sondern vielmehr von Beginn seiner Fahrt an mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Die Vermehrungen derjenigen Personen, die als erste an der Unglücksstelle erschienen, sowie die sensationelle und erschütternde Darstellung des Wilderer's, der als einziger Augenzeuge der furchtbaren Katastrophe war, mögen sicherlich zur

Aus Deutschland.

Severing preussischer Innenminister.

Berlin, 23. Okt.

Der preussische Innenminister Wentig hat seine Demission gegeben.

Berlin, 23. Oktober.

Der frühere Reichsminister des Innern, Severing, wurde für den zurückgetretenen preussischen Innenminister Wentig, zum preussischen Innenminister ernannt.

Der neue Sowjetbotschafter in Berlin.

Berlin, 21. Oktober.

Der neue Sowjetbotschafter Chintshuk wird erst Mitte bezw. Ende November in Berlin eintreffen. Bis dahin führt Botschaftsrat Bratmann-Brodowski die Geschäfte der Berliner Sowjetbotschaft. Ein Nachfolger für den ebenfalls nach Moskau berufenen Presseschef der Berliner Sowjetbotschaft Stern ist noch nicht ernannt, die Ernennung steht jedoch unmittelbar bevor. Inzwischen ist in der Berliner Botschaft der Sowjetunion eine neue Veränderung eingetreten. Der bisherige erste Botschaftssekretär Lorenz ist abberufen und durch Winogradow ersetzt worden.

England und das Grab des Unbekannten Soldaten.

London, 23. Oktober.

Die englische Regierung hat angeordnet, dass für die Folge bei Feierlichkeiten nicht mehr Kränze am Grab des Unbekannten Soldaten niedergelegt werden sollen. In der Anordnung ist zum Ausdruck gebracht, dass das fortgesetzte Wachrufen des Krieges durch diese Zeremonie nicht mehr angebracht erscheine. Die englischen Auslandsvertretungen wurden aufgefordert, den europäischen Regierungen den englischen Vorschlag mitzuteilen.

Veröffentlichung des neuen Wahlgesetzes in Aegypten.

Kairo, 23. Okt. (A.A.)

König Fuad hat heute die neue Versammlung und das neue Wahlgesetz, welches morgen veröffentlicht werden wird, unterzeichnet. Die Kammer und der Senat werden morgen zu gleicher Zeit mit der Veröffentlichung der vorgehenden neuen Gesetze aufgelöst und Neuwahlen nach den neuen Wahlverordnungen ausgeschrieben werden.

Die russisch-chinesischen Verhandlungen gescheitert.

Nanking, 23. Oktober (A.A.)

Es wird hier offiziell bekanntgegeben, dass die russisch-chinesische Konferenz gescheitert ist. Die chinesische Delegation ist bereits auf dem Wege nach China.

Die privaten englischen Schuldenforderungen an Russland.

London, 21. Oktober.

Nach amtlichen englischen Angaben sind rd. 50 000 Entschädigungsansprüche britischer Staatsangehöriger an Russland für in der Sowjetunion nationalisierte englische Unternehmungen registriert. Hinzu kommen noch 3 500 Entschädigungsansprüche für sonstigen nationalisierten Privatbesitz. Die Gesamtsomme der privaten englischen Ansprüche an die Sowjetregierung stellt sich auf 255 Mill. Pfd. Sterling.

Die Juden in Palästina.

Jerusalem, 23. Okt. (A.A.)

Nach einer Versammlung der jüdischen Notabeln, die gestern hier stattfand und acht Stunden dauerte, glaubt man zu wissen, dass der jüdische Nationalrat beschlossen hat, dass die Juden nicht an dem neuen gesetzgebenden Rat teilnehmen werden.

Französische Kammer.

Paris, 22. Okt. (A.A.)

Der Ministerrat hat den Zusammentritt der französischen Kammer auf den 4. November festgesetzt.

Zur Katastrophe bei Aachen.

Die Ursache immer noch nicht geklärt.

Berlin, 23. Oktober.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hat 60 000 Mark für die erste Not der Hinterbliebenen überweisen lassen.

Die Absperrung der Gruben wurde heute erweitert. Kommunistische Flugblätter wurden unter die Arbeiter verteilt, die zu einem eintägigen Streik auffordern.

Trauerfeier im Reichstag.

Berlin, 23. Oktober

Anlässlich des Bergwerksunglücks in Aalsdorf fand heute nachmittag im Reichstag eine Trauerfeier statt. Reichsinnenminister Dr. Wirth hielt eine Ansprache, in der er betonte, dass das Grubenunglück von Aalsdorf die grösste Katastrophe sei, von der das deutsche Volk heimgesucht wurde.

Klärung der Ursachen mit beitragen, ein grosser Teil derjenigen aber, die das Luftschiff nicht über Beauvais, sondern bereits über der französischen Küste sichtet, ist nicht vernommen worden, obgleich ihre Beobachtungen wertvoll, festgehalten zu werden. Die Bewohner der Sommerrandung, die das Luftschiff in der Nacht zum 5. Oktober kurz nach Mitternacht sichtigten, bekunden übereinstimmend, dass die „R 101“ schon damals den Eindruck machte, als ob sie nur ein Spiel der Winde gewesen sei. Winde, die keinen stürmischen Charakter gehabt hätten. Ein Bewohner der Boisfont erklärte, dass das Schiff „wie ein Betrunkener“ geschwankt habe. Es sei sehr niedrig geflogen und habe dabei einen solchen Zielzuckern verfolgt, dass selbst der Laie annehmen musste, die Besatzung habe nicht mehr die Herrschaft über das Steuer. Bewohner der Ortschaft Breteil, die sich über das Stumpfen und langsamen Fortkommen des Schiffes wunderten, bemerkten plötzlich, wie es einen Augenblick überhaupt nicht mehr von der Stelle kam. Erst nach geraumer Zeit habe es langsam seine Fahrt fortgesetzt, wobei der Wind die Spitze bald nach Westen, bald nach Osten trieb. Die Erklärungen scheinen sich auch durch die weitere Fahrt des Schiffes bis Beauvais zu bestätigen, denn von der Sommerrandung bis zum Unglücksort sind 88 km in der Luftlinie, zu denen das Schiff fast 1 1/2 Stunden benötigt hat. Ueber Beauvais war der Eindruck der Hilflosigkeit des Schiffes so gross, dass einige Bürger der Stadt im Auto folgten, da sie bereits eine Vorahnung dessen hatten, was wenige Minuten später eintreffen sollte.

London, 22. Oktober.

Der Ausschuss, der vom Luftministerium zur Untersuchung des Unglücks der „R 101“ eingesetzt werden soll, wird wie zur Zeit verlautet, nur aus fünf Köpfen bestehen. Den Vorsitz soll ein Richter führen.

Die Kämpfe in Brasilien.

Rio de Janeiro, 23. Okt. (A.A.)

Nach einer offiziellen Bekanntmachung ist an der Front von Sao Paulo-Parana der Versuch der Aufständischen, die Stellungen der Bundestruppen einzudrücken, gescheitert. An der Front von Minas Geraes herrscht Ruhe. Die Lage an den anderen Fronten ist unverändert.

Amerika liefert der brasilianischen Regierung Munition.

Washington, 23. Okt. (A.A.)

Auf ein Gesuch der brasilianischen Regierung, hat der Präsident Hoover seine Zustimmung für die Lieferung von Waffen und Munition für die brasilianische Regierung gegeben. 12 neue Flugzeuge im Werte von 200 000 Dollars, die von der amerikanischen Marine bestellt waren, wurden an die brasilianische Regierung geliefert.

Ernst polnische Kriegsdrohung.

„Unser Krieg gegen Deutschland wird die Welt erstaunen machen.“

Von Karl Rogge, z. Zt. Warschau.

Die polnische Zeitschrift „Mocarstowice“, die von Pilsudski entscheidend beeinflusst wird, erklärt in ihrer letzten Ausgabe wörtlich: „Die Einverleibung ganz Ostpreussens in Polen und die Hinanverlegung unserer Westgrenze an die Neisse und die Oder sind unser Ziel. Es zu erreichen, ist in diesem Augenblick die grosse Aufgabe des polnischen Volkes. Unser Krieg gegen Deutschland wird die Welt erstaunen machen.“ Die letzte Wendung bezieht sich auf den mit französischem Golde geputzten Glanz der polnischen Waffen. Erstaunen soll die Welt über die Fähigkeit eines polnischen Millionenheeres in voller neuerzeitlicher Rüstung zu der als sicher erwarteten Niederwerfung eines Teiles der 100 000 Mann deutscher Reichswehr, die selbst die Rifkabylen ob ihrer besseren militärischen Rüstung noch beneiden könnte.

Zu dem so offenherzig angekündigten neuen Raubkrieg Polens gegen Deutschland ist darauf hinzuweisen, dass nicht nur die Nationaldemokraten, sondern auch die Sozialdemokraten Eroberungswünsche hegen. Die „völkerbefreiende Sozialdemokratie Polens“ lässt sich durch ihre Verpflichtung zum Pazifismus durchaus nicht in ihrem klaren ausserparlamentarischen Programm der Wiedergewinnung der Grenzen von 1772 stören. Was die polnischen Westgrenzen betrifft, ist es bekannt, dass Deutschland wertvolle Landschaften an Polen abtreten musste, die mit den Grenzen von 1772 nichts zu tun haben.

Als Lloyd George am 26. April 1922 in Genua darlegte: „Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer besteht kaum eine Grenze, um die es keinen Streit gibt, und jede dieser Grenzen birgt die Möglichkeit furchtbarer Zusammenstösse“, da müssen ihm doch sehr deutlich der polnische Korridor und die Grenze Oberschlesiens vorgeschwebt haben. Als er diesem Gedanken Ausdruck gab, herrschten noch die goldenen Zeiten der Botschafterkonferenz, die mit deutschen Lebensnotwendigkeiten so herrlich Fangball zu spielen verstand und dabei beflissen war, dem Hätschelkinde Polen so besondere Freude zu machen.

Lloyd George war einer von den drei „grossen“ Staatsmännern, die für die Gestaltung der polnischen Grenzen gegen Deutschland verantwortlich sind. In diesem Zusammenhang soll jedoch durchaus nicht vergessen werden, wie er am 1. Mai 1921 anlässlich des Korfanty-Aufstandes in Oberschlesien Polen erbittert anherrschte, so es das allerletzte Land, das gegen den Versailler Vertrag verstossen wurde. Die wunderbaren Folgen seiner Versailler Politik, für die man ja nicht Wilson die Alleinschuld vorwerfen kann, wenn er auch die Hauptverantwortung zu tragen hat, zeichneten sich schon damals blutig genug ab. In Schlesien tobte der polnisch-deutsche Krieg, in dem polnische Heeresabteilungen bis zur Stärke von 50 000 Mann den deutschen Abwehrkräften unter General Höfer eine Anzahl blutiger Schlachten lieferten.

Es war der vierte Raubkrieg Polens seit der Errichtung des Genfer Völker- und Friedensbundes. Ihm voraus gegangen war der polnisch-litauische Krieg 1920, der nach der polnischen Besetzung Wilna, der Hauptstadt des jungen Litauens, zwar durch einen Waffenstillstand eingestellt, aber niemals durch einen Friedensvertrag beendet wurde, sich gegen eine Grenzfestsetzung des Völkerbundes richtete und noch heute eines seiner ungelösten, schamhaft und schwächlich verschobenen Probleme umfaasst. Der polnisch-litauische Krieg war entfesselt worden, nachdem die Bemühungen Millerands-Polen erst gerade von seiner furchtbaren Niederlage im polnisch-russischen Kriege vom Frühling 1920, dem blutigsten Ereignis seit der Gründung des Völkerbundes, gerettet hatten. Auch der polnisch-galizische Krieg von 1919 mit der Einnahme von

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50.50 Piaster.